

Werte Anwesende!

Keine Angst wir wollen weder diese Versammlung stören oder sonst wie einen Krawall anzetteln. Wir haben bemerkt das die StadtvertreterInnen in etwa um die 10 Minuten Zeit bekommen, um ihr Anliegen zu unterbreiten. Wir würden es begrüßen, wenn uns diese Zeit auch zugestanden würde, am liebsten am RednerInput aber notfalls auch durch das Megaphon. Wir wollen eine Erklärung abgeben und danach werden wir auch wieder gehen. Wir dachten uns die heutige Ratsversammlung zum Thema „Willkommenskultur in Kiel “ sei der richtige Ort sich erneut zu Wort zu melden.

Wir haben in den letzten Tagen eine Demo gemacht, sind vor das Rathaus gezogen, um auf die Situation der Geflüchteten aufmerksam zu machen, haben haufenweise Worte und Zusagen vom OB bekommen, von Stadtrat Stöcken, von sonst wem. Geändert hat sich so gut wie nichts.

Auf Druck von uns haben die Geflüchteten einen Schlafplatz im Terminal am Ostseekai erhalten. Der notwendig wurde, weil uns untersagt war, weiterhin Geflüchtete in der Alten Mu unterzubringen. Die wir wiederum dort unterbringen mussten, weil die Stadt keine Schlafplätze zur Verfügung stellen wollte. Der Platz in der Halle am Ostseekai reicht nun aber mitnichten aus.

Unsere Geduld allerdings auch nicht mehr. Wir haben die letzten Tage viele Worte des Dankes für die gute Mitarbeit erhalten. Todeskino hat uns in der Öffentlichkeit gesagt, dass er stolz auf die Bürger in Kiel sei und auf das, was wir alle zusammen leisten.

Wir wollen hier mal anmerken, dass wir in keiner Form in einen Verhältnis der Mitarbeit mit der Stadt Kiel und seinen offiziellen Behörden stehen. Denn ironischerweise verhält es sich derzeit genau andersherum.

Wir haben medizinische Versorgung für die geflüchteten gefordert, denn viele von ihnen sind krank, die Antwort war. Dann besorgt doch einen Arzt.

Wir haben Busse gefordert die die hunderten von nächtlich auf dem Bahnhof ankommenden Geflüchteten zu der Notunterkunft bringen, denn viele von ihnen können nicht mehr laufen. Wir haben trotz Zusagen von Stadt und Feuerwehr zwei Nächte lang diskutieren müssen - mit der Feuerwehr, mit der Bundespolizei, mit der Landespolizei. Wir haben darauf hingewiesen, dass wir Zusagen von der Stadt bekommen haben. Diese wurden verleugnet. Die Antwort war: ihr könnt sie doch selber dorthin bringen.

Wir haben nach Dolmetscherinnen gefragt, weil unsere schon seit Tagen nicht mehr können. Die Antwort war: ihr habt doch welche.

Wir haben gefragt, ob die Stadt Kiel oder auch das Land Gelder für Fahrtickets geben könnte, denn viele der Geflüchteten haben nichts mehr aber auch gar nichts mehr. Die Antwort war: nein, ihr habt doch Geld.

Die Liste kann weiter geführt werden.

Die Stadt Kiel feiert sich für das, was sie angeblich für die Geflüchteten auf Transit leistet. Kiel hat eine Willkommenskultur, hat ein menschliches Antlitz. Und das wurde uns auch gesagt. Das sagen alle Offiziellen in irgendeiner Form: es sei schön, dass wir so viel für das Ansehen der Stadt Kiel machen.

Eigentlich heißt das: es ist schön, dass wir dafür sorgen, dass die Geflüchteten hier nicht auf den Straßen herumlungern, ohne Essen, ohne sanitäre Einrichtungen, denn das passt nicht ins Bild und stört. Es ist schön, dass wir dafür sorgen, dass die Geflüchteten möglichst schnell aus Kiel wegkommen. Und wir durch immense Spendensammelaktionen der Garant dafür sind.

Wir sagen es hier klar: Uns ist nicht daran gelegen, das Bild der Stadt Kiel aufzupolieren. Eine Stadt, die sonst auch kein Interesse daran hat uns zuzuhören, eine Stadt, der wir auch sonst ein Dorn im Auge sind. Eine Stadt, die uns kriminalisiert, uns als Chaoten tituliert. Nein, uns liegt nichts an dem Antlitz der Stadt Kiel. Wir handeln einfach menschlich. Wir handeln solidarisch, auch gegen die Widerstände der offiziellen Behörden. Wir fallen nicht über die Knüppel, die uns die letzten Tagen in der einen oder anderen Form von der Stadt Kiel zwischen die Beine geworfen wurden.

Und nein, wir schaffen die Geflüchteten nicht aus Kiel, weil sie uns hier stören würden, sondern weil sie kein Ansinnen haben in Deutschland zu verbleiben. Wir haben mit den Geflüchteten gesprochen. Viele sind gut informiert über die repressive deutsche Asylpolitik. Sie wollen nicht erst Jahre lang warten, bis sie endlich arbeiten oder studieren können. Sie wollen nicht als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Zum heutigen Thema hier im Ratssaal: Willkommenskultur in Kiel, in Deutschland. Die Geflüchteten haben die Signale der Bundesregierung richtig verstanden. Sie sind hier nicht willkommen. Und deswegen sind die hunderten von Geflüchteten gerade in Kiel nur auf der Durchreise, mit der Angst, hier doch noch registriert zu werden und hier bleiben zu müssen. Denn sie wollen nach Schweden weiter.

Wir haben jede freie Minute genutzt, um Verantwortliche zu finden, die ein paar unserer einfachen Forderungen erfüllen, uns feste Zusagen machen.

Verantwortliche, die wir ansprechen können. Wir bekamen Zusagen, aber wenn wir das Benötigte brauchten, war doch wieder niemand dafür zuständig. Es gibt einen Facebookkommentar von Herrn Todeskino, und wir wollen zumindest eine der dort gemachten Zusagen hier öffentlich kundtun, in der Hoffnung, dass sie endlich eingehalten wird.

Todeskino schreibt "Für Gehbehinderte und sehr alte Menschen hätte die Feuerwehr einen Bus von der KVG ordern können. " Heute Nacht hatten wir das der Bundespolizei und der Feuerwehr mitgeteilt. Wir bekamen nach langen hin und her die Zusage, dass ein Bus kommen würde, der nicht kam. Also haben wir einen Teil der Geflüchteten heute Nacht mit Taxis und eigenen Autos zum Ostseekai gefahren, der Rest ist gelaufen. Herr Todeskino, wir nehmen sie beim Wort und hoffen, dass Sie heute Nacht endlich ihre Zusagen einhalten.

Unsere Geduld ist am Ende. NEIN, wir sind keine ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen der Stadt Kiel oder des deutschen Staates. Ein Staat, der während er seit Wochen von der Offenheit und Willkommenskultur spricht dabei ist, die Festung Europa weiter auszubauen. Der von Offenheit redet und gleichzeitig ein Asylgesetz verabschiedet, welches jeden Geflüchteten für sein bloßes Dasein in Knäste stecken kann. Ein Staat der derzeit Pläne schmiedet, wie er um Europas Randländler ein umfassendes Lagersystem weiter ausbauen kann, in denen die Geflüchteten interniert, erfasst und umverteilt werden sollen, ohne die Bedürfnisse derer zu erhören, die seit Wochen, Monaten und Jahren auf der Flucht sind. Oder die direkt in die Länder zurückgestoßen werden, aus denen sie geflohen sind. Das ist also Willkommenskultur? Dieses Lagersystem hat sogar schon einen Namen: Hotspots.

Hotspot also Gefahrenherd. Jeder Geflüchtete ist eine potentielle Gefahr. Deutlicher kann es gar nicht sein.

Dieses Land, dieser drittgrößte Waffenexporteur, dieses Land entzieht den Menschen, die vor den Kriegen fliehen, welche der deutsche Staat zu verantworten hat, die Unterstützung die ihnen zumindest jetzt noch zusteht, wenn wir sie schon nicht in ihrem Land leben lassen, durch die Folgen der Kriege.

Nein, wir sind keine Mitarbeiter*innen des deutschen Staates. Wir sind keine kalten Technokraten, keine Bürokraten, die ihre Verantwortung auf eine Befehlskette abwälzen. Wir handeln: solidarisch, basisdemokratisch, dezentral. Deswegen sind wir diejenigen, die die letzten Tage rund um die Uhr, zu jeder Tages- und Nachtzeit arbeiten, organisieren, Kontakte suchen, um die Geflüchteten im Rahmen unserer derzeitigen Möglichkeiten zu unterstützen. . Nicht die Stadt, nicht das Land, nicht der Staat hilft.

Unsere Strukturen scheinen nun durch eben diese Institutionen systematisch sabotiert zu werden. Die Konsequenz wäre, dass die Geflüchteten wieder ohne Nahrung, ohne Schlafplatz, ohne Transport und deren nötige Gelder und ohne jegliche Information und Unterstützung in Kiel ankommen würden und auf sich allein gestellt wären.

Wir wollen an dieser Stelle ein riesiges und vom Herzen kommendes Danke sagen an all jene, die Geld, Kleider, Essen oder aufmunternde Worte bringen. Ein Danke an diejenigen, mit denen wir zusammenarbeiten und die mit uns zusammenarbeiten, egal in welcher Form. Und ein Danke auch an diejenigen, die sich nicht einschüchtern lassen von Staatsanwälten, die sich berufen fühlen zu überprüfen, ob es sich bei dieser Unterstützung um illegale Fluchthilfe, also Schlepperei handelt. Bewahrt eure Menschlichkeit, euer Mitgefühl, eure Solidarität.